

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(schließlich 3 Heller Porto)



ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 3077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Freitag, 13. September 1935

Nr. 214

Ueberraschende Reichstags- Einberufung nach Nürnberg

Außen- oder innerpolitische Ursachen?

Berlin. Der Reichstag ist zu einer Sitzung in Nürnberg am kommenden Sonntag, den 15. September, um 20 Uhr einberufen worden.

(Anmerkung der Redaktion: Der Reichstag wurde zum letzten Mal am 21. Mai 1935 zu seiner fünften Sitzung behufs Entgegennahme des Reichsbudgetgesetzes einberufen.)

Die plötzliche und unerwartete Einberufung des deutschen Reichstages nach Nürnberg hat überall lebhafteste Überraschung und Bewegung hervorgerufen. Auch in Nürnberg selbst kam die Einberufung ganz unerwartet. Die Gründe für die Einberufung werden sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik gesucht.

Auf dem Gebiete der Außenpolitik steht namentlich die litauische Frage im Vordergrund. In Litauen ist angefangen die bevorstehenden Wahlen die Stimmung namentlich im Westteil der Provinz auf das äußerste gespannt. Die Rede des Ministerpräsidenten Brüning umweit der Grenze Litauens und eine scharfe Warnung an Litauen, die vor wenigen Tagen in der diplomatisch-politischen Korrespondenz erfolgte, deuten darauf hin, daß eine eventuell noch viel eindringlichere Mahnung an Litauen und gleichzeitig an die Signatarmächte gerichtet werden soll.

Aber noch andere Angelegenheiten werden ebenfalls für so wichtig gehalten, daß ihre Wiederverhandlung im Reichstag einberufen wird. So wird die mit einer verheerenden Begründung erfolgte Preissteigerung in der Angelegenheit des Dampfes „Dresmen“, sowohl von der Regierung, als auch von Parteifreunden als eine schwere Unbill empfunden, die nicht ungesühnt bleiben dürfte. Wie der „Angriff“ bereit durchblicken ließ, erwartet man von dem in Washington durch den deutschen Wirtschaftler erhobenen Protest keine besondere Wirkung. Andererseits haben der Präsident der Akademie für deutsches Recht und Reichsminister Franz einen so scharfen Protest erhoben, daß es hier als schwer erträglich empfunden wird, daß diese erregten Proteste ganz ins Leere gerichtet sein sollten.

Man will ferner wissen, daß die Stellungnahme Deutschlands zur Frage der Kolonien auf der Tagung des Reichstages in Nürnberg berührt werden soll. Diese Ansicht trägt sich darauf, daß die Blätter seit Wochen jede englische oder sonstige Zeitungstimme mit Nachdruck offiziell verbreiten, welche die ungeduldige Verteilung der an Rohstoffen reichen Kolonien hervorhebt und für eine eventuelle Rückgabe der unter Mandatsverwaltung stehenden deutschen Kolonien eintritt.

Viele Ansichten geben aber auch dahin, daß der Reichstag keineswegs aus außenpolitischen Gründen einberufen wurde, sondern nur, um auf

dem Gebiete der inneren Gesetzgebung die in der Proklamation des Kanzlers angekündigten Maßnahmen zu beschließen, vor allem das schon seit langem angekündigte Staatsbürgergesetz, das auch die Judenfrage regeln würde, und ferner eine das Verhältnis zwischen Staat und Kirche endgültig regelnde Gesetzesvorlage.

Der Innenminister zur Teuerung

Keine nationale Differenzierung der Krisenhilfe Wucherbekämpfung funktioniert einwandfrei

Prag. Innenminister Dr. Cerný gab Mittwoch abends im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses und Donnerstag auch im Senatsausschuss eine Erklärung ab, in der er mehrfach hervorhob, daß den Krisenopfern, ohne Rücksicht auf nationale Gesichtspunkte, rasche Hilfe gebracht werden müsse. Was die Bekämpfung der Teuerung betrifft, so wies Dr. Cerný darauf hin, daß in sein Ressort nur die Bekämpfung der „unbegünstigten“ Teuerung falle, sonst aber diese Frage in ihrem ganzen Umfange nur von der Regierung und vom Parlament gelöst werden könne.

Der Minister erklärte einleitend, daß sein Ministerium und alle untergeordneten Ämter sich der schweren und ernsten wirtschaftlichen Situation und aller Begleiterscheinungen der heutigen Krise voll bewusst sind und vor allem auch der Preissteigerung ihre intensivste Aufmerksamkeit widmen. Er hob anerkennend hervor, daß die Ruhe im Staate bedingungslos bewahrt wurde. Das bezeugt, daß auch die Opfer der Krise den Glauben an den Staat, an die bessere Zukunft sich bewahrt haben. Das müsse andererseits ein Ansporn sein, das Menschenmögliche zur Linderung der unerschuldeten Not zu tun.

Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, erklärte Dr. Cerný wörtlich, dürfen auf keinen Fall ein politisches Problem sein, aber auch nicht ein nationales. Es handelt sich um eine Sache, die uns alle angeht. Unsere Devise muß sein, daß es dort, wo es sich um das Wohlergehen des Volkes und des ganzen Staates handelt, zwischen uns weder politische noch sonstige Differenzen geben darf, umso weniger kleinliche Zwistigkeiten. Es darf auch keine nationalen Unterschiede geben.

Namentlich die Herren aus dem deutschen Lager mögen versichert sein, daß uns das Wohlergehen und die Entlastung unseres Grenzgebietes ebenso am Herzen liegt und daß es in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den rein tschechischen Gebieten und in den Gebieten mit einer deutschen Mehrheit keinen Unterschied geben wird.

Freilich haben wir das Recht, in auch die Pflicht, absolute Loyalität auch von der anderen Seite zu fordern, und wir sind verpflichtet, offen zu erklären, daß Terroraktionen, seien sie nationalitativ, wirtschaftlicher oder sozialer Art, niemals und unter keinen Umständen gebildet werden dürfen.

Gegenüber den Vorwürfen, daß das Innenministerium nichts oder zu wenig gegen die Teuerung unternimmt, verwies der Minister darauf, daß es nicht Aufgabe des Ministeriums sei, der Teuerung schlechthin zu steuern, sondern nur dem Wucher und der unbegründeten Teuerung. Um unbegründeten Preissteigerungen zu begegnen, sei die volle Aufmerksamkeit dem Ausbau und der Vertiefung der Wucherbekämpfung gewidmet worden. Mehrere Bezirke sind zu diesem Zweck je einem Bezirkshauptmann unterstellt worden, die dann besondere Instruktionen erhielten. Auch zur Bestellung von eigenen Beratungskörperschaften bei den Landesämtern soll es schon in den nächsten Tagen kommen. Die Regierung hat neue Beamtenstellen für den Wucherdienst systematisiert, die zu einem beträchtlichen Teil

Jetzt muß gehandelt werden!

Sozialistische Initiative im Kampfe gegen Hunger und Arbeitslosigkeit

Die drei sozialistischen Regierungsparteien haben mit ihrem Antrag im sozialpolitischen Ausschuss mit aller Entschiedenheit die Initiative im Kampfe gegen die Krise ergriffen.

Schon lange haben parlamentarische Verhandlungen nicht eine derartige Aufmerksamkeit in der ganzen politischen Öffentlichkeit, insbesondere

ders innerhalb der werktätigen Bevölkerung gefunden, wie die Tagung des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses, dessen Zeugen wir seit drei Tagen sind. Es ist dies

ein Beweis dafür, daß das Parlament noch immer die Bevölkerung durch seine Tagung fesseln kann, wenn es sich mit den brennendsten Sorgen der Menschen befaßt.

Es ist das Verdienst der drei sozialistischen Regierungsparteien, daß nun der Kampf gegen das durch die Krise hervorgerufene soziale Elend in den Mittelpunkt der parlamentarischen Verhandlungen gezogen ist. Diese Parteien waren es, welche die Einberufung des Ausschusses vor der Eröffnung des Parlaments gefordert haben, der sozialdemokratische Chairman des Ausschusses, Gen. Dr. Rejzner war es, der die Einberufung veranlaßt hat und der sozialdemokratische Vizevorsitzende Gen. Rejzner war es, der in einem der Not, dem Hunger und Elend Rechnung tragenden Weise die Verhandlungen eröffnet und in eine bestimmte Richtung gelenkt hat.

Dem Minister Rejzner gebührt das Verdienst als Regierungsmitglied rücksichtslos ausgesprochen zu haben, was ist.

Während die Minister faschistischer Staaten in ihren Regierungserklärungen die Zustände im eigenen Lande verfälschen, ist es der Vorteil der Demokratie, daß ihre Vertreter die Wahrheit sagen. Rejzner hat mit großer Aufrichtigkeit, für die wir ihm dankbar sind, festgestellt, daß sich die Wirtschaft des Landes in einer anhaltenden Depression befindet, aus der man auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Mitteln nicht herauskommt. Der Minister hat darauf verwiesen, daß es uns auch im Sommer nicht gelungen ist, die Zahl der Arbeitslosen unter eine halbe Million herabzubringen und er hat mit großer Wahrheitsliebe ausgeführt, wie niedrig, die Löhne bei uns sind und daß wir

mit einem so geringen Einkommen der Massen den Weg aus der Krise nicht werden finden können.

Die Angaben des Ministers, daß es Stundenlöhne für Glasbleiberinnen von 50 Hellern gibt, ist eine furchtbare Anklage gegen unser Unternehmertum. Für 50 Heller in der Stunde sollen junge Mädchen antretend arbeiten. Ihre Augenblicke zum Opfer bringen und ihre Lungen in wenigen Jahren vollkommen ruinieren. Hinfünfhalb Milliarden Löhne wurden 1934 weniger gezahlt als 1929 — wie sollen wir da aus der Krise herauskommen, wie soll der Arbeiter Nahrungsmittel und Industriewaren, Kleider, Wäsche, Schuhe kaufen? Ist die Teuerung der Lebensmittel nicht ein Wahnsinn in einer Zeit, da sich Millionen nicht das lebenswichtigste kaufen können? Neben vielleicht eineinhalb Millionen Arbeitslosen und ihrer Familienangehörigen haben wir eine Million Arbeiter — das sind also mit Familienangehörigen vielleicht drei Millionen Menschen — die in den drei niedrigsten Lohnklassen versichert sind und höchstens 14 Kč täglich verdienen! Wie viel maßloses Elend ist in diesen Biffen verborgen, kann man denn Millionen von Menschen — einen ansehnlichen Teil der Bevölkerung zur Verzweiflung treiben?

Wie kann man da leben? hat Genosse Taub in seiner Rede im Ausschuss ausgerufen.

Wie kann ein Arbeiter, der einen Wochenverdienst von 50 bis 70 Kč hat, seinen und seiner Familie Lebensunterhalt bestreiten, wenn das Statistische Staatsamt, dessen Verordnungen eine ganz bescheidene proletarische Lebensführung zu Grunde legt, den Wochenbedarf einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie allein für Lebensbedürfnisse mit 154,20 Kronen berechnet — Kulturbedürfnisse erlaubt der Kapitalismus Millionen von Menschen überhaupt nicht. Kann das so weitergehen?

Die drei sozialistischen Regierungsparteien (merkwürdig ist, daß die Kommunisten bei der ganzen Aktion so wenig hervortreten) haben durch die Darlegungen des Ministers Rejzner und der Abgeordneten Taub, Tazertle und Lang

Wirbel in Berliner Markthallen

Überall Warenmangel im Dritten Reich

Berlin. Infolge von Warenmangel sind in der Berliner Grobmarkthalle fast ein Viertel der Stände geschlossen worden. Noch ungünstiger sind die Verhältnisse in den Markthallen von Dresden. In der Grobmarkthalle sind bereits über hundert Stände, in der Dresden-Neustädter Halle annähernd 50 Stände geschlossen worden. Infolgedessen ist es an verschiedenen Orten schon zu Zusammenrottungen der Hausfrauen gekommen, die ein Einkaufsgeld der Schutzpolizei notwendig machen.

Auch die Andurrie Kant über Materialmangel: In Erfurt sind deswegen 1500, in Sömmerda (Thüringen) 2000 Arbeiter entlassen worden. In einem Geheimschreiben teilt die Textilindustrie dem Handel mit, daß ab Juli in Kleider- und Anzugstoffen laut Verordnung 35 bis 45 Prozent Wistrasfaser verarbeitet werden muß.

Auch der Senat bestellt Subkomitee

Die Aussprache im Senatsausschuss wurde Donnerstag am späten Abend abgeschlossen. Von unserer Fraktion sprach in der Debatte Genosse Hadenberg, dessen Rede wir im Auszug nach nachtragen werden. Auch hier wurde ein elfgliedriges Subkomitee zur Durchberatung der eingebrachten Resolutionsanträge eingesetzt. Von unserer Fraktion gehört ihm Genosse Hadenberg an.

